

Öffentliche Bauherren bauen für die Bürger. Demonstration der Macht und des Reichtums des Staates oder der Gemeinde ist nach sozialdemokratischem Verständnis nicht zeitgemäß. Alle Kinder erwarten eine Schule, in der sie gut lernen können. Alle Kranken wollen schnell gesunden. Alle Familien suchen eine Wohnung, in der es sich nach eigenem Geschmack ungestört leben läßt. Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude und mit staatlicher Hilfe geförderte Wohnungen sollen deshalb zweckmäßig und zukunftssicher gebaut werden.

Das ist auch mit industriellen Fertigungsverfahren möglich. Diese sollen miteinander im Wettbewerb stehen. Da aber die Kosten und Preise von den Seriengrößen abhängig sind, spricht vieles für den Bau mit standardisierten Bauteilen, die für unterschiedliche Gebäude verwendet werden können. Planer, Gestalter und die Fachleute vom Bau müssen dies ebenso beachten wie die Bauherren. Betriebe aller Größen behalten dann ihre Chance.

F.D.P.: Auch die mittelständische Bauindustrie muß rationalisieren

Bei der Vergabe von Bauaufträgen mit großem und größtem Volumen ist der kleine und mittlere Unternehmer allein nicht in der Lage, mit dem Großunternehmen, das sich zudem auf derartige Fertigungen spezialisiert hat, zu konkurrieren.

Nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion kann diese Entwicklung kein Grund dafür sein, bei öffentlichen Bauten von der kostengünstigen industriellen Bauweise abzugehen oder im privatwirtschaftlichen Bereich diese Bauweise durch gesetzgeberische Schritte zu erschweren oder zu verhindern. Die mittelständische Bauindustrie muß sich – am System der Wettbewerbswirtschaft orientiert – selbst auf die neuen Verfahren einstellen und mit der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und -verfahren dafür sorgen, daß sie die Chancen, die der Markt nach wie vor bietet, wahrnehmen kann.

Die F.D.P.-Fraktion ist der Auffassung, daß die Bemühungen zur Rationalisierung der Fertigung und zur Kooperation bei der Abgabe von Angeboten gefördert werden. Sie begrüßt den Runderlaß des Wirtschaftsministers über eine „angemessene Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstandes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“. Die F.D.P.-Fraktion hat weiterhin dafür gesorgt, daß bereits im Haushaltsplan 1972 die Mittel für Bauforschung um 4,5 Millionen DM heraufgesetzt werden. Die Forschungsergebnisse werden allen allen Unternehmen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Damit wird ein weiterer Beitrag geleistet, der besonders die mittelständische Bauindustrie in die Lage versetzen soll, ein marktorientiertes und bedarfsgerechtes Angebot zu erstellen.

Porträt der Woche

Ein heißer Idealist mit Sinn für Realitäten. Ein rastloser Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit. Ein Mann, der ein bitteres Schicksal erlebt hat, ohne selbst bitter zu werden. Einer, der mit 70 noch längst nicht an Ruhestand denkt: Josef Neuberger.

Seit zwölf Jahren gehört er der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an, von Dezember 1966 bis zum 13. September 1972 war er Justizminister in Nordrhein-Westfalen. In dieser Zeit hat Neuberger zahllose Reformen durchgesetzt und eingeleitet, hat er Spuren gezogen, die nicht mehr zu verwischen sind. Die Justizpolitik hat heute einen höheren Stellenwert als zuvor.

Als Sohn jüdischer Eltern am 11. Oktober 1902 in Antwerpen geboren, studierte er in Köln und ließ sich dann als Anwalt in Düsseldorf nieder. Seit 1920 Mitglied der SPD fühlt er sich noch heute dem geistig-politischen Erbe August Bebels, Ferdinand Lassales und Friedrich Engels verpflichtet. Es ist wohl typisch für die Gesinnungstreue dieses Mannes, daß er – selbst vom nationalsozialistischen Berufsverbot bedroht – Anfang 1933 als junger Anwalt die Belange des preußischen Ministerpräsidenten Braun und seines Innenministers Severing vor Gericht vertrat. In der „Kristallnacht“ 1938 wurde er von fanatisierten SA-Männern mißhandelt, ging in die Emigration nach Holland und Palästina und kehrte schließlich nach dem Krieg in seine Heimat zurück. „Wenn ich nach meinem Lebensschicksal mich nicht um eine Vermenschlichung der Justiz bemühe, wer sollte dies sonst tun“, sagte Neuberger und krepelte die Ärmel hoch.

Als Abgeordneter kämpfte er im Landtag erfolgreich für ein freies Presserecht, setzte er das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten gegen mannigfache Widerstände durch. Als Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Klingelpütz legte er schonungslos die Mißstände im Strafvollzug bloß, um daraus später als Justizminister die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.



Dr. Dr. Josef Neuberger (SPD)
Justizminister von 1966 bis 13. September 1972

Weil die Gefängnisse nicht länger Brutstätten der Kriminalität bleiben sollten, leitete Neuberger Reformen ein, die den Strafvollzug humanisiert haben. Nicht das fidele Gefängnis, nicht eine „weiche Welle“ für Rechtbrecher war sein Ziel, sondern die Resozialisierung der Straffällig Gewordenen, ihre Vorbereitung auf ein freies Leben in sozialen Bindungen.

Neuberger's Reformpolitik fand über die Grenzen hinaus Beachtung. Er verschärfte die Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltverschmutzungs-Kriminalität, er führte den Rechtskundeunterricht an den Schulen ein, er reformierte die Juristenausbildung. Ein gewaltiges Arbeitspensum in sechs Ministerjahren. „Die freie Luft der Anwaltschaft hat der Justizpolitik ganz gut getan“, sagt Neuberger heute.

In die freie Luft der Anwaltschaft kehrt der 70jährige jetzt mit frischem Elan zurück. Als Strafverteidiger wird er bald von sich reden machen, ebenso als engagierter Landtagsabgeordneter, der frei ist von den Bürden und Zwängen des Ministeramtes. Zuhause, in seinem Arbeitszimmer, wälzt er Berge von Akten und Protokollen. „Vielleicht wird daraus einmal ein Buch!“

Neuberger's größte Genugtuung: daß die Justiz heute menschlicher ist als vor sechs Jahren. Seine größte Enttäuschung: daß die schwierigen, in aller Welt beachteten sozialtherapeutischen Modellversuche in Düren in den Parteienzwist hineingetragen sind.

Marcel Gärtner